

Deutschland braucht mehr.

Für die CDU hat eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung oberste Priorität. Nur durch mehr Wachstum können wir die schleichende Erosion der Fundamente unseres Wohlstandes stoppen und umkehren. Ohne Wachstum hat Deutschland keine Zukunft. Deutschland befindet sich seit Jahren am Ende der Wach-

tumsliga in Europa. Das muss nicht so sein. Andere entwickelte Volkswirtschaften machen weit mehr aus ihren Möglichkeiten. Mehr Wachstum führt in Deutschland derzeit erst ab einer Größenordnung von etwa 2 Prozent zu mehr Beschäftigung. Wir wollen diese Schwelle senken, um einen deutlich höheren Wach-

tumsschub zu erreichen. Dieses Ziel hat oberste Priorität, auf dieses Ziel müssen alle anderen politischen Aufgaben hingeeordnet werden.

In Deutschland muss endlich mit einer Illusion aufgeräumt werden: Mehr Wachstum wird nicht durch weniger, sondern nur durch mehr Arbeit erzielt. Notwendig ist des-

halb u. a. eine Modernisierung des Tarifvertragsgesetzes und die Ermöglichung flexibler betrieblicher Bündnisse für Arbeit.

Die CDU wird deshalb das Thema „Wachstum“ in das Zentrum ihrer politischen Arbeit des Jahres 2004 stellen. Zusammen mit den Beschlüssen des Jahres 2003 sollen unsere Arbeiten münden in

einen „Masterplan Deutschland“, der festlegt, was kurzfristig anzugehen ist und was auf mittlere bis längere Frist erreicht werden soll. In Arbeitspaketen mit insgesamt acht Schwerpunkt-Themen wird die CDU ihr politisches Konzept für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland entfalten. Daraus hier wesentliche Auszüge:

1. Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen

Ein zentrales Problem der deutschen Politik ist der Mangel an für Arbeitgeber bezahlbarer und für Arbeitnehmer finanziell attraktiver Arbeit und an Strukturen, in denen sich produktive Arbeit entfalten kann. Zu viele Bereiche, in denen sich produktive Arbeit entfalten könnte, sind durch staatliche Bewirtschaftung oder starre Regulierung versperrt.

Wir brauchen in Deutschland eine wesentlich stärkere Umschichtung der Mittel zur Förderung des zweiten Arbeitsmarktes zu Gunsten von Infrastrukturmaßnahmen und direkten Zuschüssen für geringfügige und niedrigentlohnte Beschäftigte, um so den ersten Arbeitsmarkt zu stärken. Einfache Arbeiten fallen nicht nur in Betrieben, sondern auch in privaten Haushal-

ten an. Dieser Bereich des Arbeitsmarktes bietet vielfältige Beschäftigungen gerade für solche, die nur zeitweise Arbeit suchen oder die geringer qualifiziert sind. Der Kampf gegen die Schwarzarbeit gerade in diesem Bereich darf nicht zu einer Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen führen. Notwendig sind angemessene und wirksame Anreize, um als Arbeitgeber legal zu

beschäftigen und als Arbeitnehmer legal beschäftigt zu werden. Um zu mehr Beschäftigung und damit zu mehr Wachstum zu kommen, ist es nach Auffassung der CDU unerlässlich, die Zeitsouveränität der Arbeitnehmer zu stärken. Dazu gehören das Ansparen von Überstunden auf Arbeitszeitkonten oder die flexible Verrechnung von zeitweiliger Mehrarbeit mit Langzeit-

oder Lebensarbeitszeiten, sofern sie gegen Insolvenz geschützt ist. Die gegenwärtig noch gültigen Beschränkungen der Zeitarbeit müssen abgebaut werden, um weitere Beschäftigungspotentiale zu erschließen. Ziel muss es sein, baldmöglichst die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für eine Stärkung der Zeitsouveränität der Arbeitnehmer.

2. Mehr Wachstum durch mehr Wettbewerb

Die Wettbewerbsordnung gehört zu den großen Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft. Wettbewerb ist Voraussetzung für Fortschritt und gesellschaftlichen Wandel. Wettbewerb sichert Freiheit und Wohlstand. Die Geschichte der sozialistischen Wirtschaftsordnungen hat gezeigt, zu welchen

Folgen die Ausschaltung des Wettbewerbs führt. Wettbewerb muss in allen Politikbereichen - von den sozialen Sicherungssystemen bis hin zum Bildungsbereich - Ordnungsprinzip sein. Die Erfahrungen im Energie- und Telekommunikationssektor haben gezeigt, dass Deregulierung und Wettbewerb

Antrieb für Wachstum und Fortschritt sind. Wachstum kann nicht vom Staat geplant werden. Der Staat muss Wachstum ermöglichen. Die deutsche Wirtschaft muss ihre Probleme im Wettbewerb der Unternehmen selber lösen. Um Wettbewerb zu ermöglichen und damit mehr Wachstum erzielen zu können,

muss der Abbau von Regulierungen als ständige Aufgabe begriffen werden. Die von der Bundesregierung vorgesehene Ausgestaltung des CO₂-Emissionshandels ist ein eklatantes Beispiel für eine wachstumsfeindliche Regulierung, da sie dazu führen wird, dass künftig in energieintensive Anlagen in Deutschland

nicht mehr investiert wird. Subventionen des Staates behindern Wettbewerb oder machen ihn sogar unmöglich. Sie verhindern längst fälligen Strukturwandel und wachstumsfördernde Innovationen. Die CDU tritt deshalb für einen intelligenten und mutigen Subventionsabbau in Deutschland ein.

3. Mehr Wachstum durch technologische Innovation

Damit Forschungsergebnisse rasch in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können, müssen die Rahmenbedingungen in Deutschland wesentlich innovationsfreundlicher ausgestaltet werden. Voraussetzung für Investitionen in Innovationen ist vor allem Freiheit. Erst der Schutz vor bürokratischer Gängelung, der Schutz vor einer Überlast an Ab-

gaben und Gebühren und ein neuer gesellschaftlicher Konsens, der die Chancen statt die Risiken in den Mittelpunkt der Diskussion rückt, schaffen genügend Freiraum für Innovation und Erneuerung. Voraussetzung für Investitionen in Innovationen ist Rechtssicherheit. Wer in Neuheiten investiert, muss die Sicherheit haben können, dass sich die Innovation langfristig be-

zahlt macht. Innovationsfeindliche, sachlich nicht begründbare Regulierungen müssen abgeschafft werden. Technische Entwicklungen aus Deutschland müssen zunächst einmal eine Chance auf Realisierung im eigenen Land haben, sonst können sie international nicht vermarktet werden. Beispiele für das krasse Gegenteil dessen sind der Nichtbau des Transrapid in Deutschland und

die Stilllegungsbeschlüsse für deutsche Kernkraftwerke.

Deutschland muss seine Politik stärker darauf ausrichten, Innovationen auch international vermarkten zu können. Dies setzt voraus, dass internationale technologische Standards nicht durch unsinnige nationale Vorschriften blockiert werden. Die Wirtschaft - insbesondere der Mittelstand - und die

Forschungseinrichtungen sind aufgefordert, die schlimmsten Innovationshemmnisse in Deutschland zu benennen. Die CDU wird die eingehenden Hinweise in ein „Programm zum Abbau der 100 schlimmsten Innovationshemmnisse“ einarbeiten, das ab 2005 zumindest in den CDU-regierten Ländern umgesetzt werden soll.

4. Mehr Wachstum durch Qualifikation und Elitenbildung

Deutschlands Wachstumschancen hängen vor allem davon ab, dass unser Land technologisch anspruchsvolle und innovative Produkte im internationalen Wettbewerb erfolgreich vermarkten kann. Die dafür notwendigen wichtigsten Rohstoffe sind der Erfindungsreichtum, die Kreativität und die Intelligenz der in Deutschland arbeitenden Forscher, Erfinder, Ingenieure und Facharbeiter. Deutschland braucht Eliten in allen Bereichen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Tätigkeiten. Der Vor-

schlag der SPD, Eliteuniversitäten in Deutschland zu gründen, kuriert lediglich am Symptom. Es bedarf eines wesentlich umfassenderen Ansatzes, um unser Land vor einem internationalen Bildungsgefälle zu seinen Lasten zu bewahren. Wir treten nachdrücklich dafür ein, den föderalen Wettbewerb gerade auch im Bildungswesen als Triebfeder für Qualität und Wachstum zu intensivieren. Die bestmögliche Entfaltung und Entwicklung der Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen ist der zentrale Anspruch an ein leistungsfähiges Bildungswesen.

Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Die begonnenen Bildungsreformen mit der Einführung von Bildungsstandards in allen 16 Ländern und der Evaluation von Unterrichtsergebnissen muss konsequent fortgesetzt werden. Bildung beginnt nicht erst in der Schule und hört nicht mit der Schule auf: Lebensbegleitendes Lernen ist unverzichtbar. Der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten muss gestärkt werden und Sprache als Schlüssel für erfolgreiche Bildung

bereits in frühen Jahren umfassend gefördert werden. Die CDU tritt dafür ein, an den deutschen Hochschulen eine umfassende Offensive für mehr Freiheit und mehr Effizienz in Forschung und Lehre zu starten. Dazu gehört die Schaffung eines eigenen, flexiblen Dienstrecht und besondere Besoldungsstrukturen, um sicherzustellen, dass sich Leistung auszahlt und um die besten Fachkräfte in Lehre, Forschung und Entwicklung gewinnen zu können. Die Anstellung von Hochschullehrern außerhalb des Beamtenverhältnisses soll künftig

möglich sein. Die Hochschulen müssen ihre Lehrkapazität effektiver mit der Forschungskapazität der außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbinden. Die immer noch viel zu starre Abschottung der Hochschulen gegenüber Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk muss überwunden werden, um einen erfolgreichen Transfer von Wissen, Technologie und Personal zu erreichen. Stifter und Sponsoren müssen bessere Möglichkeiten zur Förderung der Wissenschaften und des wissenschaftlichen Nachwuchses haben.